

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

15. November 2017

zum Thema

**„Zukunftsentscheidung für die nächsten Generationen:
Klimaschutz am Scheideweg zwischen Bonn und Wien –
Klima-Alarm in Österreich“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

„Zukunftsentscheidung für die nächsten Generationen: Klimaschutz am Scheideweg zwischen Bonn und Wien – Klima-Alarm in Österreich“

In den vergangenen drei Tagen hat Oberösterreichs Klimaschutz-Landesrat Rudi Anschober an der Weltklimakonferenz in Bonn teilgenommen. Auffällig bei diesem weltweiten Großtreffen der Klimaschützer/innen mit 25.000 Teilnehmer/innen: eine positive und sehr engagierte Grundstimmung, viele Regionen haben ihre Verwundbarkeit und ihre Klimaschutzmaßnahmen präsentiert, starke Präsenz Afrikas und Asiens, viele auch für uns in Oberösterreich interessante Best-Practise-Beispiele, und ein immer stärker werdendes Netzwerk der Engagierten, die immer enger und besser zusammenarbeiten.

Es liegt klar am Tisch, was zu tun ist und welche Maßnahmen weltweit erforderlich sind: raus aus der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas. Bonn hat aber auch einen Alarmruf gebracht: einerseits durch sehr alarmierende Prognosen und Studien, vor allem über das Ausmaß der durch die Klimakrise ausgelösten Migrationsbewegung. Aber auch durch die nüchternen Emissionsfakten: Denn obwohl viele Regionen starke Anstrengungen gestartet haben, ist das derzeitige Tempo noch zu gering. Erstmals seit Jahren steigen heuer die Emissionen sogar noch an, die Welt ist noch weit entfernt vom Erreichen der Klimaschutzziele von Paris. Selbst die Zusagen nach Paris zu Emissionsverringerungen sind noch deutlich zu gering, um das Ziel einer Temperaturerhöhung um maximal zwei Grad Celsius zu erreichen.

Gerade auch Österreich ist nicht auf Kurs - keine Spur von den notwendigen Einsparungen. Anschober warnt daher vehement davor, dass nach dem Stillstand der letzten Jahre nun durch eine neue Koalition von Untätigen und immer wieder als Klimaleugner/innen Aufgetretenen jetzt ein schwerer Rückschritt für den Klimaschutz in Österreich droht. Anschober appelliert daher an die Koalitionsverhandler: Klimafonds nicht zerschlagen, sondern ausbauen, rasch eine engagierte Klimaschutzstrategie festlegen und einen Klimaplan mit allen nötigen Maßnahmen, die für die Paris-Ziele in Österreich erforderlich sind (neues ambitioniertes Ökostromgesetz, neue Effizienzziele, Umsetzung von Energiewende und Verkehrswende).

Sehr deutlich wurde durch diverse in Bonn präsentierte Studien und Prognosen der Expert/innen: Wir treffen jetzt die Entscheidung über die Zukunft der nächsten Generationen!

Die Prognosen sind eindeutig: je höher die Temperaturen steigen, desto mehr Zerstörung und Schäden durch Wetterextreme und desto mehr Klimaflüchtlinge, die ihre Heimat und ihre Lebensgrundlagen verlieren.

Ergebnisse Bonn: starke Netzwerke von Regionen, Bürgermeister/innen und Parlamentarier/innen gebildet

Das weltweite Klimaschutz-Netzwerk wird immer stärker: bereits 7.500 Bürgermeister/innen sind in einer Bürgermeister-Allianz vernetzt, in Bonn wurde das Netzwerk der Parlamentarier/innen gegründet und das Netzwerk der Regionen wird immer stärker.

Den Besuch der Weltklimakonferenz in Bonn hat LR Rudi Anschober auch dazu genutzt, die Vernetzung und den Austausch mit anderen Regionen weltweit voranzutreiben für einen ambitionierten Klimaschutz. Institutionell passiert dies über „The Climate Group“, wo OÖ seit Gründung 2005 mit dabei ist, aktuell zählt diese schon 39 Regionen von Nordamerika über Europa bis nach Asien. In Bonn ist es nun gelungen, dieses Regionen-Netzwerk mit der zweiten bestehenden Allianz der Regionen, "Under2" zu fusionieren. Diesem gemeinsamen Kampf für das 2°C-Ziel mit einer Reduzierung der Emissionen um 80-95 % bis 2050 gegenüber 1990 haben sich mittlerweile 200 Regionen mit 1,2 Milliarden Menschen und rund 39 % der globalen Wirtschaftskraft im Rahmen der „Under2Coalition“ verschrieben.

Bis September 2018 soll die Fusion umgesetzt sein und damit ein sehr starkes weltweites Instrument des Drucks für Klimaschutz entstehen. Ziel Anschobers ist, dass OÖ auch dem neuen starken Netzwerk der Regionen "Under2" beitrifft.

Wie wichtig die Regionen im Klimaschutz sind, zeigt sich deutlicher als je, etwa beim Bundesstaat Kalifornien, dessen Vertreter/innen nun trotz Gegenposition von Präsident Trump, den Klimaschutz, nämlich auch als Chance für die heimische Wirtschaft am Weltmarkt, massiv vorantreiben.



Vernetzung Oberösterreichs mit anderen Modellregionen: voneinander lernen

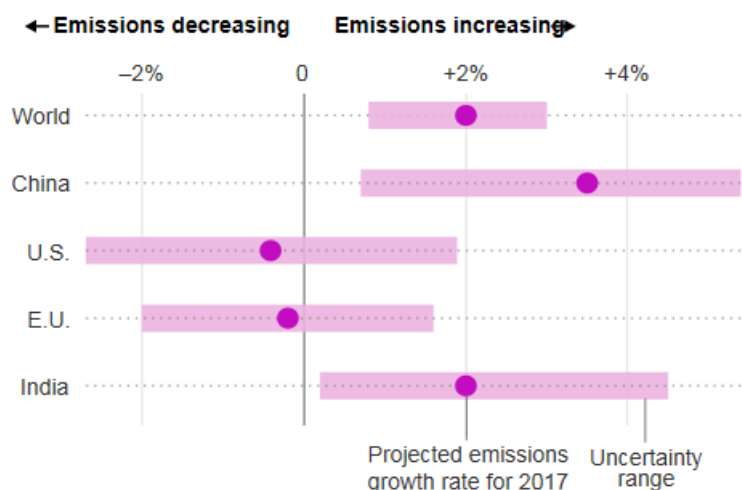
LR Anschöber: „Bei meinen Gesprächen, z.B. mit Vertreter/innen der Regionen Quebec, Baden-Württemberg, Alberta, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Süd-Australien und Kalifornien sowie vieler Städte habe ich v.a. die Zusammenarbeit von Umwelt bzw. Klimaschutz und Wirtschaft besprochen – aufgrund planbarer, transparenter Entscheidungen und der großen Wirtschaftschance durch einen immer größeren Weltmarkt. Einige Regionen haben sich speziell auch für unsere Abfallwirtschaft interessiert, nämlich den Schritt von der Wiederverwertung zur Wiederverwendung durch das Projekt ReVital – dieses wird wohl in Kürze schon Nachahmer/innen in ganz Europa finden. Dritter großer Schwerpunkt meiner bilateralen Gespräche war die einzigartige, breite Klimaschutz-Bewegung durch das Klimabündnis mit zehntausend Engagierten in Schulen, Betrieben und Gemeinden – bereits 10.000 Engagierte sind in OÖ für den Klimaschutz aktiv.“

Insgesamt zeigt Bonn, dass die Fortschritte beim Klimaschutz und dabei vor allem im Bereich der Energiewende in den USA und China derzeit am größten sind. Europa hat hier seine Vorreiterrolle längst verloren, am meisten Geld wird in die Energiewende in den USA investiert, am schnellsten geht der Ausbau der Erneuerbaren in China voran.

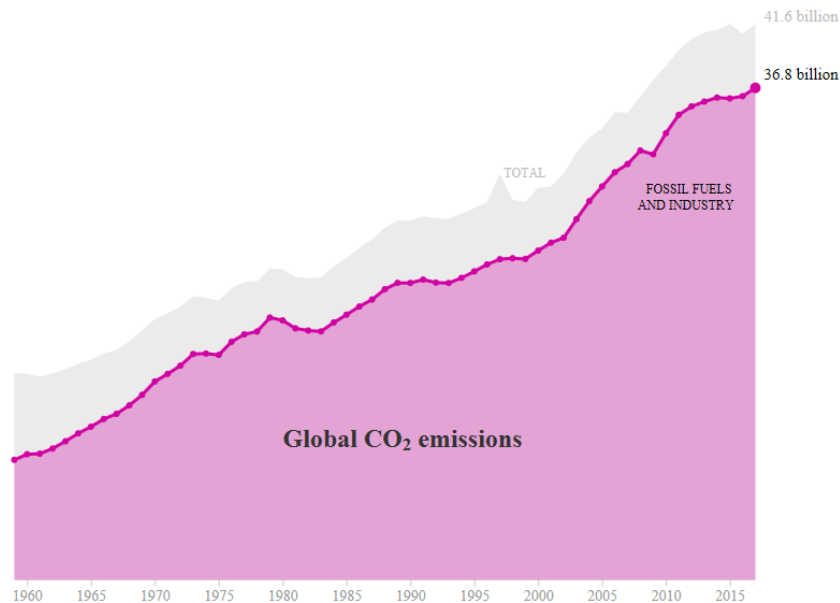
Signifikant: die erneuerbaren Energieträger sind mittlerweile deutlich preiswerter als Kohle und Atomenergie.

Großer Rückschlag: Emissionen steigen 2017 erstmals wieder an – Internationaler Klimaschutz noch nicht auf Kurs, für Paris-Ziel müssen Emissionsreduktionen noch um ein Drittel gesteigert werden

Lt. aktuellen Prognosen des Global Carbon Project – 76 Wissenschaftler/innen aus 15 Ländern – steigen aktuell die CO₂-Emissionen aus der Industrie weltweit wieder an – nach einer nur 3-jährigen Stagnation auf höchstem Niveau, das zeigen präsentierte Hochrechnungen am Montag bei der COP23. Stark beeinflusst wird dies durch die Renaissance von Kohlekraftwerken in China, wohingegen die USA eine gute Entwicklung zeigen. Insgesamt 21 Länder haben es in den letzten Jahren geschafft, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft, darunter USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Schweden – einerseits durch Umstellungen, andererseits auch durch die Abwanderung der Industrie z.B. nach China. Offen ist aktuell die Entwicklung in Indien, wo mit rund 2 % die THW-Steigerungsrate geringer ausfiel als in den letzten Jahren - jetzt liegt es an Indien, sein Wirtschaftswachstum auch ohne Kohle (anders als China) fortzusetzen.



By The New York Times



By The New York Times | Source: Global Carbon Project (2017)

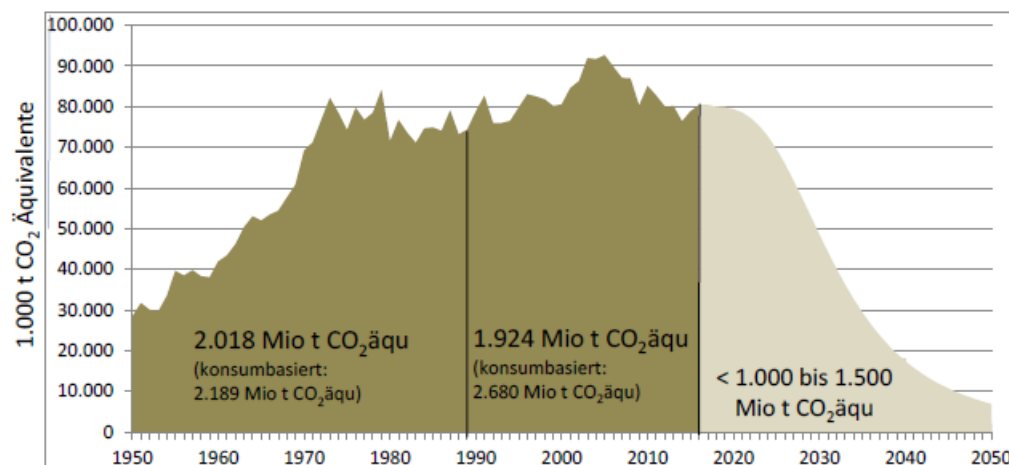
Verheerend: Selbst die Zusagen der Nationalstaaten im Anschluss an den Weltklimavertrag von Paris über die Höhe der eigenen Einsparungen, reichen nicht aus, um das Paris-Ziel einer Temperaturerhöhung im Mittel um maximal 2 Grad zu erreichen.

Der „Emissions Gap Report“ vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zeigt den dramatischen Unterschied zwischen den hochgerechneten Treibhausgas-Reduktionen der vorliegenden, kosteneffizienten nationalen Klimaschutzpläne im Gegensatz zu den erforderlichen Paris-Zielen. **Über die Länder-Pläne hinausgehend müssten 30 Prozent an Treibhausgasen für eine erfolgreiche Zielerreichung bis 2030 eingespart werden!**

Österreichischer Stillstand beim Klimaschutz

Seit 1990 sind in den EU-Staaten die CO₂-Emissionen um durchschnittlich 24,4 Prozent gesunken, die höchsten Reduktionen sind in Großbritannien (minus 34%), Deutschland und Dänemark (jeweils um 28%) und Italien (20%) zu verzeichnen. In Österreich hingegen sind die Emissionen sogar leicht gestiegen, damit ist Österreich eines der Schlusslichter.

Der Bericht „**Das Treibhausgas-Budget für Österreich**“ des **Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel**, unterstützt von der Initiative **Mutter Erde**, zeigt für Österreich auf: Das Treibhausgasbudget, womit die Begrenzung auf maximal plus 2°C noch erreichbar wäre, beträgt für Österreich – in Relation zu den globalen Mengen 700 Gt CO₂ – je nach Berechnungsart 1.000 Millionen bis 1.500 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent für den Zeitraum 2017-2050. Zum Vergleich: Für 40 Jahre von 1950-1989 und 25 Jahre von 1990-2015 hat Österreich jeweils rund 2.000 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen. Die Beibehaltung des heutigen Emissionsniveaus würde das Budget also bereits 2035 aufbrauchen.



(c) Wegener Center für Klima und Globalen Wandel

Nach der Ratifizierung des Weltklimavertrages von Paris hat sich Österreich innerhalb der EU zu einer Reduktion um 36 % der CO₂-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 verpflichtet. Doch bis zum heutigen Tag gibt es noch nicht einmal einen Plan - die Klima- und Energiestrategie wurde zwar bis Juni versprochen, liegt jedoch noch immer nicht vor.

LR Rudi Anschober: *„Damit droht nicht nur eine Bürde für unsere nächsten Generationen, für die der Spielraum immer enger wird, sondern auch die Einleitung von EU-Vertragsverletzungsverfahren samt Strafzahlungen. Das ist verantwortungslos! Leider ist auch durch die neue Bundesregierung, zusammengesetzt aus bisher Untätigen und oftmals Klimaleugner/innen, ein weiterer Rückschlag zu befürchten.“*

Klima- und Energiefonds – Droht die Zerschlagung?

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen von Schwarz-Blau wird – diametral gegensätzlich zu den aktuellen Anforderungen – sogar das Aus für den Klima- und Energiefonds befürchtet.

LR Rudi Anschober: *„Der Klima- und Energiefonds ist aber ein wichtiges Instrument für die Energiewende und für den Klimaschutz – und muss sofort außer Streit gestellt werden! Eine Zerschlagung wäre ein schier unglaubliches Fehlverhalten gegenüber unseren nächsten Generationen!“*

Der Klima- und Energiefonds hat sich in den letzten zehn Jahren als einer der wichtigsten Institutionen österreichischer Klimaschutzpolitik etabliert. Er ist ein wesentlicher „Treiber“ österreichischer Klimaschutzaktivitäten, sei es im Bereich der Technologieentwicklung, Maßnahmen rasch zur Marktreife zu bringen oder auch im Bereich der Bewusstseinsbildung. Die Bevölkerung profitiert direkt, etwa durch Förderungen von Photovoltaik, thermischer Sanierung oder E-Mobilität.

So hat der Klima- und Energiefonds im Jahr 2017 26 Programme mit einem Gesamt-Budget von 102 Millionen Euro (inkl. EU-Mittel) gefördert und umgesetzt, zu den Schwerpunkten Mobilität, Marktdurchdringung der Erneuerbaren und Energieforschung. Viel mehr exzellente Projekte wären mit mehr Budgetmitteln möglich, so mussten z.B. 2016 rund 80 % der förderwürdigen Projekte wg. Überzeichnung abgelehnt werden, auch bei der „Vorzeigeregion Energie“ standen 20-40 Millionen Euro an verfügbaren Mitteln einem Budgetbedarf von 120 Millionen Euro gegenüber.

Der Klima- und Energiefonds ist aus der österreichischen Klima- und Energiepolitik nicht mehr weg zu denken. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der österreichischen Verpflichtungen zu den europäischen Klima- und Energiezielen muss der Klima- und Energiefonds nicht nur in seiner besonderen strategischen Struktur erhalten, sondern gestärkt und höher dotiert werden.

Appell für Klimaplan – Zukunft und EU verpflichten!

Die Koalition der Untätigen mit den immer wieder als Klimaleugner/innen Aufgefallenen darf nicht vom Stillstand zum Rückschritt führen. Österreich steht bei den Koalitionsverhandlungen vor einer historischen Weichenstellung beim entscheidenden Zukunftsthema Klimaschutz.

LR Rudi Anschober appelliert an die Bundesregierung bzw. die Koalitionsverhandler/innen, den Klimafonds nicht zu zerschlagen, sondern auszubauen und rasch eine engagierte Klimaschutzstrategie - wie von der EU gefordert - auf den Tisch zu legen.

„Es braucht dringend ein Maßnahmenpaket, u.a. mit einem ambitionierten Ökostromgesetz sowie für eine konsequente Umsetzung von Energiewende und Verkehrswende, das ein Erreichen der Pariser Klimaziele garantiert. Hände weg vom Klimafonds, Ärmel aufkrempeln für eine echte Klimaschutzoffensive! Beim Klimaschutz, DER Herausforderung unserer Zeit kann man aktuell nicht sparen – ansonsten kann es teuer werden für uns alle, v.a. aber für unsere Kinder, denen wir nach und nach die Lebensgrundlagen entziehen, denkt man an veränderte landwirtschaftliche Bedingungen oder Einschnitte im Tourismus aufgrund steigender Temperaturen, da wird sich auch die Landflucht z.B. verstärken.“

Und als dritten notwendigen Klimaschritt muss Österreich rasch die für die Klimastrategie und das Erreichen der Paris-Ziele notwendigen Maßnahmen festlegen und ihre Umsetzung starten. Dies ist der Kern des von der EU eingeforderten Klimaplanes, der bis Anfang 2019 an Brüssel gemeldet werden muss. Ist der nicht ausreichend zum Erreichen der österreichischen Reduktionsziele, dann drohen Vertragsverletzungsverfahren und Strafzahlungen.

Für Österreich kostet die Klimakrise schon heute enorm viel: Costs-of-inaction betragen laut Studienautor Volkswirt Karl Steininger heute bereits eine Milliarde Euro pro Jahr. Bis zur Jahrhundertmitte werden es alleine für Österreich bereits Kosten durch Unwetter, Dürren, Ernteauffälle und Schäden im Tourismus und anderen Bereichen von 5 bis 9 Milliarden Euro pro Jahr sein.

Prognosen der Weltklimakonferenz: Flucht und Extremereignisse durch Klimawandel

Diverse Studienpräsentationen während der COP23 haben auch die weiteren Konsequenzen des Klimawandels, als Anschluss an veränderte Wasser- und Lufttemperaturen dargestellt: immer extremere Witterung und dramatische Migrationsbewegungen.

Schon in Oberösterreich nehmen die Katastrophen-Einsätze der Feuerwehren durch extreme Wetterereignisse laufend zu, z.B. nach Hochwässern, Murenabgängen oder Stürmen. In anderen Regionen der Erde, etwa in Afrika oder Asien steigen die Lufttemperaturen aber auf ein nicht tragbares Niveau, begleitet von extremer Dürre – und damit Ernteaussfällen, die der Bevölkerung die Lebensgrundlagen entziehen und sie zur Migration zwingen. Das verstärkt aber wiederum soziale, wirtschaftliche oder politische Spannungen, gewalttätige Auseinandersetzungen werden wahrscheinlicher, damit auch eine weltweite Migrationsbewegung, z.B. vom südlichen Afrika über das Mittelmeer nach Europa.

Allein im Jahr 2016 mussten 23,5 Millionen Menschen aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen, so der jüngste Bericht der Hilfsorganisation Oxfam. Besonders betroffen sind Einwohner/innen ärmerer Staaten, was gleichzeitig auch die Ungleichheit weiter verstärkt. Das sind dreimal so viele durch die Klimakrise in die Flucht getriebenen Menschen als durch Krieg und Gewalt. Und bis 2050 drohen nach den aktuellen Prognosen auf der COP23 sogar 200 Millionen Menschen aufgrund der Klimakrise ihre Heimat und Lebensgrundlage zu verlieren.